

Den Mehrwert verwurzeln

Neue Wege ländlicher Wirtschaftsförderung

von Hannes Lorenzen

Die ländliche Entwicklung der EU steht vor einer Neuausrichtung. Diese ist Gegenstand eines Verordnungsentwurfes, den der ausgeschiedene Agrarkommissar Fischler im Sommer 2004 vorgelegt hat. Insbesondere die vorgesehene und zu begrüßende Übernahme der LEADER-Methode, die Förderung und Einbindung lokaler Aktionsgruppen in Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, ist den meisten EU-Mitgliedsstaaten jedoch zu aufwändig, so der Autor des folgenden Beitrages. Er schlägt unter anderem eine „Börse“ vor, um zukünftig ein Abfließen des auf dem Lande erwirtschafteten Mehrwertes zu verhindern.

EU-Kommissar Fischler hat zum Ende seiner Amtszeit einen Vorschlag für eine neue Verordnung „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER)“ vorgelegt. Mit ihr soll die bisherige Förderung des ländlichen Raumes vereinheitlicht, vereinfacht, effektiver und besser kontrollierbar gemacht werden. Diese Verordnung hat auch zum Ziel, die LEADER-Gemeinschaftsinitiative in die nationalen Förderprogramme zu übernehmen.

Doch viele Mitgliedsstaaten sind skeptisch. Zwar könnte ein einheitlicher Fonds den administrativen Aufwand abbauen, der bisher durch die Finanzierung der ländlichen Entwicklung aus Garantiefonds und Strukturfonds nötig war. Aber die LEADER-Methode, mit der bisher lokale Aktionsgruppen gefördert wurden, ist den meisten Mitgliedsstaaten zu aufwändig. Im Vergleich zur Auszahlung der Garantiemittel, also der Hektarprämien an die Betriebe, sind ländliche Entwicklungsprojekte bei den Mitgliedsstaaten ohnehin nicht sonderlich beliebt. Sie erfordern nationale Kofinanzierung und verlangen vor allem einen partnerschaftlichen Umgang mit zahlreichen Sozialpartnern im ländlichen Raum.

So darf also spekuliert werden: Wie viel öffentliches Geld werden die Mitgliedsstaaten und die EU in Zukunft für die Wirtschaft im ländlichen Raum bereitstellen und welchen Anteil werden die Mitgliedsstaaten als Kofinanzierung dazu beisteuern? Vieles hängt davon ab, wie attraktiv sich der Standort „Land“ darstellen kann – in wirtschafts- und in gesellschaftspolitischer Hinsicht.

Neue EU-Verordnung für ländlichen Raum

Die neue Verordnung soll vor allem die Verwaltung der Zuwendungen an die Mitgliedsstaaten vereinfachen und die bestehenden Förderinstrumente effektiver gestalten. Wirklich neu ist die Schaffung eines einzigen Fonds für die ländliche Entwicklung, der die komplizierte Aufteilung in Finanzierungen aus dem Garantie- und dem Strukturfonds aufhebt. Politisch ist das ein wichtiges Signal, dass nämlich die Wirtschaft auf dem Lande eine besondere Art der Förderung benötigt.

Was die Planungs- und Entscheidungsschritte betrifft, so sieht die Verordnung die Verabschiedung einer EU-Landentwicklungsstrategie durch den EU-Rat vor, die besser auf die Prioritäten des EU-Vertrages (Gemeinsame Agrarpolitik – GAP, Kohäsionspolitik und Nachhaltigkeit) abgestimmt werden soll. Die Mitgliedsstaaten müssen ihre nationalen Strategiepläne nach diesen Prioritäten ausrichten und in einem dritten Schritt die lokalen/regionalen Entwicklungspläne einpassen. Viele Mitgliedsstaaten halten diese Planungsstruktur für zu kompliziert und fordern nationale Entwicklungspläne, die von vornherein die regionalen Wünsche mit einbeziehen. – Die Verordnung sieht drei Ziele/Achsen der Maßnahmen vor:

1. die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft (wie früher 1a-Maßnahmen);
2. die Verbesserung der Umwelt und des ländlichen Lebensraums durch besseres Landmanagement (Agrarumweltmaßnahmen);

3. die Steigerung der Lebensqualität und Diversifizierung der Wirtschaft.

All dies soll ergänzt werden durch die gesonderte Förderung von Elementen der von der Kommission aufgegebenen LEADER-Initiative. Die LEADER-Methode der Förderung von lokalen Aktionsgruppen und der Zusammenführung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Gemeinden und privaten Investoren soll es also weiterhin geben, allerdings ausgerichtet an den drei Zielen Wettbewerb, Umwelt und Diversifizierung.

Zahlreiche Mitgliedsstaaten haben bereits signalisiert, dass sie an der LEADER-Methode wegen des hohen Verwaltungsaufwands und Reibungsverlustes mit der Zivilgesellschaft kein Interesse haben. Es steht also zu befürchten, dass aus dem aktuellen LEADER-plus-Programm durch die geplante Übertragung auf die nationale Ebene ein LEADER-minus-Programm wird. Vor allem die neuen Mitgliedsstaaten werden in den bevorstehenden Verhandlungen im Rat für eine Zusammenlegung von LEADER mit dem dritten Ziel „Diversifizierung“ eintreten, um sich damit der Bottom-up-Methode (Einbindung der lokalen Aktionsgruppen) nicht stellen zu müssen.

Beibehalten werden sollen offenbar die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete mit höheren Kofinanzierungssätzen vonseiten der EU und die verstärkte Förderung kleinerer Betriebe. Auch die NATURA 2000-Regelung wird fortgesetzt, obwohl die breite Förderpalette nicht mehr aufrechterhalten wird. Vereinfachung wird sich in vielen Fällen als größere Freiheit der Mitgliedsstaaten in der Schwerpunktsetzung der Maßnahmen und der Geldzuteilung übersetzen lassen. Wohl auch aus diesem Grunde werden sich die Mitgliedsstaaten gegen die Festsetzung von Mindestinvestitionen für die einzelnen Ziele (zum Beispiel sieben Prozent für LEADER) zur Wehr setzen. Schon gegen die Beschränkung der Förderung von Verarbeitung und Vermarktung auf kleine und Kleinstbetriebe laufen viele Mitgliedsstaaten Sturm.

Indem sie die Kofinanzierung durch private Unternehmen, Kirchen oder Stiftungen nicht ausdrücklich zulässt, hat die Kommission mit Blick auf das Finanzmanagement keine Abhilfe hinsichtlich der oft fehlenden nationalen Kofinanzierung geschaffen. Dies ist im Hinblick auf die gewünschte Stimulierung von öffentlich-privaten Partnerschaften eine ernstzunehmende Schwäche des Vorschlags.

Ende der Gemeinschaftsinitiativen?

Mit dem Argument, der Verwaltungsaufwand sei zu groß, will die EU-Kommission im Rahmen der Reform

der Strukturfonds nun ausgerechnet jene Gemeinschaftsinitiativen aufgeben, mit denen die neuen Möglichkeiten einer lokal verwurzelten Wirtschaftsförderung eröffnet wurden. Die Gemeinschaftsinitiativen waren bisher eine außerordentlich flexible Möglichkeit der europäischen Ebene, direkt vor Ort in den Mitgliedsstaaten lokale und regionale Initiativen von unten zu fördern, zum Beispiel Projekte zur grenzübergreifenden regionalen Zusammenarbeit (INTERREG), zum Abbau sozialer Benachteiligungen (EQUAL), und zur Kooperation städtischer (URBAN) und ländlicher Aktionsgruppen (LEADER). Die EU-Administration schlägt vor, die Förderung lokaler Initiativen nun stattdessen in die jeweiligen nationalen Strukturförderprogramme einfließen zu lassen.

Diese Entscheidung ist besonders für die ländlichen Regionen der neuen Mitgliedsstaaten problematisch, weil die nationalen Regierungen in der Regel gegenüber Initiativen von unten in Abwehrstellung gehen. Gerade die aber werden zur Mobilisierung der Zivilgesellschaft und zur Beteiligung an den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen dringend gebraucht. Selbst in den alten Mitgliedsstaaten haben EU-Gemeinschaftsinitiativen lokale Aktionen aufgewertet – notfalls vorbei an zentralistischer Verwaltung – und so mehr Bürgerbeteiligung möglich gemacht. Eine Studie des Weltumweltverbandes IUCN hat bestätigt, dass die ländlichen Entwicklungsprogramme in den neuen Mitgliedsstaaten kaum eine Beteiligung von NGOs oder privaten Initiativen vorsehen.

Ein Beispiel aus einer entlegenen, von Entvölkerung bedrohten Region in Südostpolen veranschaulicht, wie sich private und öffentliche Investitionen zu einem dynamischen Projekt entwickeln können. In der Region *Dolina Strugu* hat ein Konsortium aus vier Gemeinden, einer lokalen GmbH zur Nutzung einer Mineralwasserquelle und der Kirche ein ländliches Entwicklungsprogramm auf die Beine gestellt. Die Gemeinden wollten Arbeitsplätze durch Wirtschaftsförderung sichern; die Kirche wollte ein Aktionsprogramm gegen den Alkoholismus; die GmbH wollte den regionalen Markt für Mineralwasser und Getränke.

Das Konsortium schloss mit den Kleinbauern im Einzugsbereich der Quelle einen Vertrag: Sie verpflichteten sich anzubauen, ohne die Quelle zu verschmutzen; im Gegenzug wurden ihre relativ kleinen Erzeugungsmengen zusammengefasst und mit dem Mineralwasser per Internet und Telefon vermarktet. In diesem Projekt sind 350 Arbeitsplätze entstanden. Das Mineralwasser wird in der Region besser verkauft als andere Marken, weil es die Verbindung zu den lokalen Besonderheiten herstellt. Zehn Prozent des Gewinns der GmbH gehen in soziale Investitionen: Anti-Alkoholismusprojekte, Aufzucht, Kultur. Ein Großteil der Dynamik dieses er-

folgreichen Projekts ist der Bindung der Menschen an ihre Region zu verdanken.

Das Land ist (k)ein Restposten

Politisch gilt das Land gemeinhin als Restposten, wirtschaftlich als Zuwendungsempfänger. Die Gemeinsame Agrarpolitik soll die Einkommen der Bauern stützen, die ländliche Entwicklung ein weiteres Aussterben der Dörfer und Abwanderung in die Städte verhindern. Beides gelingt nur notdürftig. Die Finanzminister und viele Politiker quer durch die EU-Staaten fragen sich: Lohnt sich der Aufwand? Ist das gute Geld in Städten nicht besser angelegt?

Frau Fischer Boel, neue Agrarkommissarin aus Dänemark, meint, Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums müsse vor allem die Agrarwirtschaft der Europäischen Union wettbewerbsfähiger machen. Sie nennt das „Einbettung in die Lissabon-Strategie“. Damit ist das vom Europäischen Rat in Lissabon 2002 verabschiedete Ziel gemeint, die EU bis 2013 zum weltweit konkurrenzfähigsten Wirtschaftsraum zu machen. Gelder aus den Strukturfonds sollen verstärkt in Forschungszentren, Kommunikation und neue Technologien fließen. Damit lassen sich Produktionskosten senken. Auch wenn Frau Fischer Boel immer noch „einen Platz für die bäuerliche Landwirtschaft“ sieht, klingt die Botschaft eher global als lokal.

In den kommenden Monaten werden die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten über die Finanzperspektiven der EU von 2007 bis 2013 und die Landwirtschaftsminister über die neue Verordnung zur ländlichen Entwicklung entscheiden. Beide Entscheidungen werden die Zukunftschancen für Europas ländliche Regionen tiefgreifend beeinflussen. Noch wichtiger aber ist die Frage, wer eigentlich darauf vorbereitet und in der Lage wäre, diese Chancen auch wahrzunehmen, wenn sie denn kommen.

Im Wettbewerb um knappe öffentliche Gelder müssen sich ländliche Regionen etwas einfallen lassen. Sie müssen die in ihrer Mehrheit städtischen Steuerzahler und Entscheidungsträger davon überzeugen, dass es sich lohnt, auf dem Lande zu investieren, obwohl dort so viel weniger Menschen wohnen. Und sie müssen dafür sorgen, dass auch private Unternehmen am ländlichen Raum als Wirtschaftsstandort Interesse zeigen. Eins ist sicher: der öffentlich-solidarische Ausgleich für Benachteiligungen geographischer oder sozialer Natur ist nicht mehr garantiert.

Dass auf dem Lande innovative Kräfte schlummern und Mut zur Veränderung vorhanden ist, hat sich vor allem in den EU-Gemeinschaftsinitiativen gezeigt. LEADER und INTERREG, aber auch nationale Wettbewer-

be wie REGIONEN AKTIV haben ein breites Spektrum an Projekten geschaffen, aus denen neue Unternehmen und Arbeitsplätze entstanden sind. Diese Entwicklung von unten hat auch neue private Investitionen mobilisiert. Was aber bislang fehlt sind Förderstrukturen, die öffentliche und private Investitionen für eine Erneuerung der ländlichen Infrastruktur zusammenführen. Warum also nicht eine Art Börse fürs Land? Die Reform der Agrarpolitik hat die Prämien entkoppelt. Bevor sich das Geld in den globalen Aktienmarkt verflüchtigt, sollte es besser auf dem Lande Wurzeln schlagen.

Eine Börse fürs Land

Die ländliche Wirtschaft verliert, wenn sie sich auf die Rohstoffherzeugung beschränkt. Zwar hat das Land natürliche Vorteile, die bereits neue Investitionen in größerem Stil anziehen. Vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien wie Wind, Sonne und nachwachsende Rohstoffe sind neue Einkommensmöglichkeiten entstanden. Aber selbst in diesen heute wirtschaftlich attraktiven Sektoren waren große öffentliche Vorleistungen nötig. In anderen Bereichen wie der Verarbeitung und Veredelung von Lebensmitteln geht der Trend Richtung städtische Zentren.

Die EU-Kommission will nun offenbar gegensteuern. Der Vorschlag für eine neue Verordnung zur ländlichen Entwicklung setzt neue Rahmenbedingungen, die ausschließlich kleineren lokalen Unternehmen öffentliche Förderung anbieten und hier insbesondere höhere Qualitätsansprüche stellen sollen. Vorgesehen sind Investitionsförderungen zur Einhaltung der Gemeinschaftsnormen, Investitionen im öffentlichen Interesse zugunsten der Umwelt, der Hygienebedingungen und des Tierschutzes, einschließlich so genannte „nichtproduktive Investitionen“.

Funktionieren im Sinne einer Stärkung der ländlichen Wirtschaft wird diese Umorientierung aber nur, wenn die Produkte und Dienstleistungen sich am Markt genügend absetzen und in ihrer besonderen Qualität erkennbar sind. Noch wichtiger ist, ein System der Finanzierung der Vorleistungen zu organisieren, die notwendig sind, um ein Abfließen des auf dem Land erzeugten Mehrwerts zu verhindern und für Reinvestition auf dem Lande zu sorgen. Sonst liegt der Standortvorteil wie üblich nur darin, die niedrigeren Lohnkosten oder Landpreise zu nutzen.

Es gibt zwei Methoden, Investitionen auf dem Lande besser zu verwurzeln: eine unfreiwillige und eine freiwillige. Die unfreiwillige besteht darin, die Modulation, also die Abschöpfung von Prämien aus der Landwirtschaft, die über einem bestimmten Betrag liegen, in die ländliche Wirtschaft zu lenken. Das kann ähnlich

wie das Modell der Anrechnung von Arbeitskräften bei der Prämienkürzung geschehen: Wer mehr Menschen beschäftigt, bekommt weniger abgezogen. Ausgeweitet auf Investitionen in die ländliche Wirtschaft kann das heißen: Wer in bestimmte Maßnahmen zur Verarbeitung, Veredelung, Fortbildung oder in soziale Infrastruktur investiert, bekommt weniger oder nichts abgezogen.

Die freiwillige Methode setzt bei der sozialen Bindung an. Viele Menschen, die das Land oder ihr Dorf verlassen haben, sind in der Stadt wohlhabend geworden, haben aber die Bindung zum Land nicht verloren. Einige haben einen Zweitwohnsitz auf dem Lande oder den Wunsch dorthin im Rentenalter zurückzukehren. Sie haben in der Regel ein Interesse an der Erhaltung der Landschaft und am sozialen Leben und wären bereit, in ihren Ort zu investieren. Was fehlt ist in der Regel ein Projekt, eine Möglichkeit sich finanziell zu engagieren, ohne das Projekt selbst auf die Beine stellen und umsetzen zu müssen. Es muss also eine Investitionsmöglichkeit geben, die ein persönliches Interesse der Abwesenden mit dem Interesse der auf dem Lande anwesenden Menschen verbindet.

Beide Methoden müssen sich ergänzen. Die unfreiwillige muss verhindern, dass Geld aus der entkoppelten Hektarprämie aus der ländlichen Wirtschaft abfließt und dafür sorgen, dass dieses Geld in neue spezifisch ländliche Wirtschaftsbereiche investiert wird. Die freiwillige muss dafür sorgen, dass ein diffuses oder auch spezifisches Interesse von Menschen am ländlichen Raum durch konkrete Projektangebote beziehungsweise Zeichnung von ländlichen Wirtschaftsanteilen aufgenommen und in langfristiges Engagement umgewandelt wird.

Modulation und Kofinanzierung

Das Instrument der *Modulation*, mit dem die Mitgliedsstaaten Obergrenzen für die betrieblichen Prämienzahlungen festlegen und Agrargelder in ländliche Entwicklungsprogramme übertragen können, hat die Möglichkeit der Umverteilung grundsätzlich geschaffen. Allerdings ist die Größenordnung der Umwidmung zugunsten der ländlichen Infrastruktur wegen des Widerstands der betroffenen Großbetriebe sehr klein. Viele Mitgliedsstaaten machen deshalb auch kaum Gebrauch davon. Denkbar wäre eine präzisere Zielsetzung und ein höherer Prozentsatz der Modulation, von der nur Betriebe freigestellt werden, die in örtliche ländliche Infrastrukturprogramme und Projekte investieren. Ob das durchsetzbar ist, wird davon abhängen, ob die Finanzierung der Ausgleichszahlungen erneut unter Druck kommt.

Seit der jüngsten Reform der Agrarpolitik schienen die von der Produktion entkoppelten Direktzahlungen als Einkommensausgleich für interne Preissenkungen bis 2013 unter Dach und Fach. Jetzt aber sieht es so aus, als ob die Mittel bereits 2007 nicht ausreichen werden und Kürzungen anstehen. Einer linearen Kürzung könnte das Modell der Umwidmung in ländliche Wirtschaftsprjekte entgegenwirken.

Auch im Hinblick auf die bevorstehenden Erweiterungen der EU um Bulgarien, Rumänien, Kroatien und möglicherweise die Türkei stehen erneut harte Verhandlungen ins Haus. Die „Nettozahler“ (Mitgliedsstaaten wie Deutschland, die in den EU-Haushalt mehr einzahlen als herausbekommen) sind strikt dagegen, den Agrarhaushalt noch einmal aufzustocken. Im Gegenteil, sie möchten ihre Beiträge auf ein Prozent des Bruttosozialprodukts senken. Der ländliche Wirtschaftsansatz ist im Vergleich zur Anwendung der Direktzahlungen deutlich billiger.

Sind das gute oder schlechte Aussichten für die Finanzierung der ländlichen Entwicklung? Im Gegensatz zu den Ausgleichszahlungen der ersten Säule sind die Mittel für die ländliche Entwicklung in den finanziellen Perspektiven der EU noch gar nicht festgelegt. Und sie müssen aus nationalen Staatskassen kofinanziert werden. Das macht sie unattraktiv. Aus der Sicht der Finanzminister wäre naheliegend, die Löcher bei den Ausgleichszahlungen mit Kürzungen bei der ländlichen Entwicklung zu stopfen oder gleich eine stärkere Umverteilung in die zweite Säule anzustreben.

Ungenügende Kofinanzierung von Seiten der Mitgliedsstaaten für ländliche Entwicklungsprojekte ist ein Grund dafür, dass die von der EU bereitgestellten Strukturmittel regelmäßig nicht ausgeschöpft werden. Aus Sicht der Haushälter ist das ein Zeichen für fehlenden Bedarf und entsprechende Streichungsmöglichkeiten. Das Interesse der Mitgliedsstaaten an der ländlichen Entwicklung war auch deshalb bisher gering, weil es verwaltungstechnisch einfacher war, Prämien pro Tier oder Hektar zu zahlen, als integrierte Entwicklungsprogramme zu erarbeiten und nach den Vorschriften der EU umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund ist es ein Glücksfall, dass die EU-Kommission schon in den 90er-Jahren die gesonderte Förderung der ländlichen Gebiete im Rahmen der Struktur- und Agrarpolitik auf den Weg brachte. Dadurch konnten in den vergangenen fünfzehn Jahren die besonderen Bedingungen der ländlichen Wirtschaft erst erkennbar gemacht und Pilotprojekte durchgeführt werden. Ohne die „flankierenden Maßnahmen“ der MacSharry-Reform, ohne Agrarumwelt-, NATURA 2000- und LEADER-Programme gäbe es keine Erfolgsgeschichten aus der ländlichen Strukturpolitik. Auch wäre nicht deutlich geworden, dass auch mit relativ ge-

ringen öffentlichen Ausgaben große Veränderungen in den Köpfen der Menschen erreicht werden können und wie viel Innovation und Kreativität möglich ist.

Neue Netzwerke

Die etablierten europäischen Bauernverbände haben die Förderung des ländlichen Raums durch die EU immer als unliebsame Konkurrenz zur klassischen Agrarförderung abgewehrt. Sie haben deshalb auch zu den entstehenden ländlichen Bewegungen und Partnerschaften kritische Distanz gehalten. Dadurch bleibt die gesellschaftliche Lobby für den Wirtschaftsstandort Land bisher schwach. Demgegenüber sind durch die Gemeinschaftsinitiative LEADER und im Rahmen der Erweiterung der EU neue dynamische Netzwerke entstanden, die vor allem die enge Zusammenarbeit zwischen Regierungsstellen und NGOs beziehungsweise privaten Unternehmen aufbauen.

Diese Netzwerke sorgen zum einen für einen guten Austausch von Informationen über erfolgreiche Projekte, Fördermöglichkeiten und Ausschreibungen, politische Einflussmöglichkeiten und potentielle Partnerschaften. Für die nationalen Regierungen, aber auch für die EU-Kommission füllen diese meist international verbundenen Gruppen die Lücke, die die klassische Agrarlobby nicht schließen kann: Sozialpartner für die ländliche Wirtschaft und Kultur zu sein. So hat die EU-Kommission beispielsweise in ihren beratenden Ausschuss für ländliche Entwicklung das pan-europäische Netzwerk PREPARE (Partnership for Rural Development) berufen, das eine breite Palette von Organisationen der Zivilgesellschaft im ländlichen Raum vertritt. Das Netzwerk PREPARE hat auch dafür gesorgt, dass die LEADER-Methode in den neuen Mitgliedsstaaten bekannt wurde und eine starke Lobby für den integrierten, prozessorientierten Ansatz von unten entstehen konnte. Hinzu kommen private Stiftungen, die aus Interesse am Umweltschutz, aus landeskulturellen oder Verbraucherschutzgründen zunehmend in ländlichen Gebieten tätig werden wollen.

Verträge zwischen der EU-Kommission und privaten Stiftungen und ländlichen Netzwerken könnten möglicherweise auch das Problem lösen, dass die EU-Strukturfonds nicht ausgeschöpft werden. Neben der nationalen öffentlichen Kofinanzierung könnten sie Gelder aus Stiftungen und privaten Quellen als dritte Finanzierungsquelle mobilisieren. Auch das Hauptargument für die Auflösung der Gemeinschaftsinitiativen, das Personalproblem der Kommission, könnte bei zuverlässiger öffentlicher Kontrolle von gemeinnützigen Stiftungen oder kompetenten Nichtregierungsorganisationen gelöst werden. Schließlich haben schon die

Europäische Bank für Wiederaufbau und die Weltbank die Verwaltung kleinerer Projekten und Kreditprogramme erfolgreich ausgelagert.

Die *Stiftung für die Karpaten*, Mitglied des Europäischen Stiftungsverbandes, und PREPARE haben jetzt der Kommission und dem Zentrum der europäischen Stiftungen (EFC) einen Vorschlag unterbreitet, der eine dritte Säule der Finanzierung von Projekten aus privaten Mitteln schaffen soll. Unter dem Namen SPIRE (Investitionen in die soziale und private Initiative im ländlichen Europa) soll ein Fonds aus Beiträgen von Stiftungen, Unternehmen und Banken, der EU und der Mitgliedsstaaten entstehen, aus dem die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Partnern finanziert werden soll. Die EU könnte damit arbeitsintensive Projektverwaltung aus ihrem Aufgabenbereich auslagern und gleichzeitig mehr private Initiative und Investitionen in diesem Bereich stimulieren.

Die Börse für's Land hat also durchaus Aussichten auf Erfolg. Sie wird zunächst mit Informationen, Fördermöglichkeiten und Partnerschaften handeln; später vielleicht auch mit echten Anteilen an innovativen Projekten und Unternehmen. Der Wert ländlicher Aktien wird sich wie üblich nach den Erwartungen der Käufer richten und nach dem möglichen Erfolg.

Wichtig ist, dass die ländliche Wirtschaft und ihre Akteure sich erkennbar vom anonymen Markt abheben und das Interesse der Bürger wecken. Wie lange schon versuchen wir auf den Höfen und in der Politik den Wert einer gesunden Umwelt, einer vielfältigen Ernährung oder schönen Landschaft in konkrete Entlohnung für die darin geleistete Arbeit umzusetzen! Vielleicht braucht es den Kitzel des Spielers, das Risiko, um sich wirklich zu engagieren?

Internetseiten

www.preparenetwork.org
www.forum-synergies.org
www.agriCulturalconvention.org

Autor

Hannes Lorenzen ist Berater im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament und Mitbegründer des PREPARE-Netzwerkes.

Hannes Lorenzen
Europäisches Parlament
Rue Wiertz – PHS 2 C 73
B-1047 Brüssel
Telefon +32 2 2843362
E-Mail: hlorenzen@europarl.eu.int

